

# osteuropa

52. JAHRGANG/HEFT 6/JUNI 2002

---

## **Staatsangehörigkeit und nationale Rechtskultur in Osteuropa**

- Frank Hadler, Stefan Troebst* Europäische Staatsangehörigkeitsstandards und nationale Rechtskulturen in Osteuropa. Eine Einleitung zum Themenschwerpunkt 693
- Otto Luchterhandt* Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel von der UdSSR zur Rußländischen Föderation 697
- Cornelie Sonntag-Wolgast* Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht. Tradition und Reform im europäischen Kontext 719
- Carmen Thiele* Staatsangehörigkeit in den baltischen Staaten: Das Beispiel Estland 729
- Kinga Gál* Staatsangehörigkeit in Ungarn heute 743
- Dietmar Müller* Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft in Südosteuropa. Der Staatsbürger in den „nationalen Codes“ Rumäniens, Bulgariens und Serbiens 752
- David M. Crowe* Roma in Ostmittel- und Südosteuropa. Migration, Staatsbürgerschaft und Asyl 774

## **Parlamentswahlen in Ungarn**

- Michael Bauer* Das Ende des „kalten Bürgerkriegs“? Die inhaltlich-programmatischen Orientierungen im ungarischen Parteiensystem 789
- Abkürzungsverzeichnis der Parteien in Ungarn 804
- Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ungarn 1990–2002 805
- Reinhold Vetter* Konfliktbeladene Wahlen in Ungarn. Tiefe Gräben in Politik und Gesellschaft 806

**Bücher und Zeitschriften**

Rußland: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Englischsprachige Bücher zu Rußland und der GUS (*Roger E. Kanet*) 822

*Timm Beichelt*: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen (S. 831); *Karl Hinrichs*, *Herbert Kitschelt*, *Helmut Wiesenthal*, Hrsg.: Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften (S. 832); *Evropa – Včera, segodnja, zavtra* [Europa – gestern, heute, morgen] (S. 833); *Tat'jana Kuševskaja*: Mein geheimes Rußland. Reportagen (S. 834); *Eberhard Schneider*: Das politische System der Russischen Föderation. Eine Einführung (S. 835); *Boris Meissner*: Auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen. Ausgewählte Beiträge (S. 835); *Ian Jeffries*: Eastern Europe at the Turn of the Twenty-first Century. A Guide to Economies in Transition (S. 837); *Walter Denz*, *Karl Eckstein*: Business mit Russland. Ein Ratgeber für Einsteiger (S. 837); *Monika Mochtarova*: Erfolgreiche Geschäfte im östlichen Mitteleuropa. Polen, Tschechien, Ungarn (S. 838 ); *Susan E. Reid*, *David Crowley*, Eds.: Style and Socialism. Modernity and Material Culture in Post-War Eastern Europe (S. 839); *Ulrike Ackermann*: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute (S. 840); *Bettina Morhard*: Das deutsch-polnische Grenzgebiet als Sonderfall europäischer Regionalpolitik. Die institutionelle Ausgestaltung und Förderung grenzüberschreitender Kooperation im Kontext der EU-Erweiterungsstrategien im Zeitraum von 1989 bis 1998 (S. 841); *Herbert Ludat*: Słowianie – Niemcy – Europa. Wybór prac [Slaven – Deutsche – Europa. Eine Auswahl von Arbeiten] (S. 842)

Eingesandte Bücher 843

Bibliographie 844

**Nachrichtenbörse** 850

# A b s t r a c t s

Otto Luchterhandt

## Staatsangehörigkeitsrecht im Wandel von der UdSSR zur Rußländischen Föderation

Das Staatsangehörigkeitsrecht der UdSSR und der RSFSR wurde während der Perestrojka durch die Orientierung der Gesetzgeber an rechtsstaatlichen Prinzipien grundlegend umgestaltet; es näherte sich weitgehend den vom Europarat beschlossenen Standards an. Das Staatsangehörigkeitsrecht der GUS-Staaten steht in dieser Kontinuität. Im Falle Rußlands ergaben sich dabei Besonderheiten infolge seines Selbstverständnisses als „Fortsetzerstaat“ der Sowjetunion, die aber mit dem vor der Verabschiedung stehenden neuen Staatsangehörigkeitsgesetz ihre Geltung verlieren.

Cornelie Sonntag-Wolgast

## Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht

Tradition und Reform im europäischen Kontext

Das Staatsangehörigkeitsrecht ist Garant für gesellschaftlichen Frieden und innere Sicherheit. Es hat die Interessen des einzelnen wie des Staates zu berücksichtigen. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert die Entwicklungsetappen dieses Rechts. Im Mittelpunkt steht die Darstellung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts von 1999, für das der Europarat im Vorfeld eine wichtige normsetzende Rolle spielte.

Carmen Thiele

## Staatsangehörigkeit in den baltischen Staaten: Das Beispiel Estland

Nach dem Zusammenbruch multiethnischer Staaten Osteuropas ist die Frage der Staatsangehörigkeit für große Teile der Bevölkerungen, die ethnisch nicht den Titularvölkern angehören, von vitaler Bedeutung geworden. Die baltischen Staaten konnten zwischen verschiedenen Modellen zur Regelung der Staatsangehörigkeit wählen. Wenn der Minderheitenstatus wie in Estland von der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht wird und die Einbürgerungsvoraussetzungen hoch sind, teilen sich Angehörige einer nationalen Gruppe in Staatsangehörige und Ausländer bzw. Staatenlose auf. Dies kann eine Gefahr für die Identität der Gruppe darstellen. Deshalb wird für eine vereinfachte Naturalisation und einen Verzicht des Staatsangehörigkeitskriteriums als Voraussetzung für nationale Minderheiten plädiert.

Kinga Gál

### Staatsangehörigkeit in Ungarn heute

Im Nach-„Wende“-Ungarn hat das Thema Staatsangehörigkeit vor allem drei Facetten. Dies sind die Notwendigkeit der Wiedereinbürgerung derjenigen Ungarn, denen nach 1956 aus politischen Gründen ihre Staatsangehörigkeit aberkannt worden war, weiter die Frage der Zuwanderung sowie schließlich das Verhältnis zu den Ungarn, die in Nachbarstaaten leben. Die beiden erstgenannten Fragen regelt das neue Gesetz über die ungarische Staatsangehörigkeit von 1993, die dritte das sogenannte Statusgesetz von 2001, das im Inland wie auf europäischer Ebene für heftige Diskussionen sorgte.

Dietmar Müller

### Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft in Südosteuropa

Der Staatsbürger in den „nationalen Codes“ Rumäniens, Bulgariens und Serbiens

Der Aufsatz rekonstruiert die „nationalen Codes“ vor allem in Rumänien sowie in Bulgarien und Serbien. Die Art und Weise, wie die Nation gedacht und kommuniziert wurde, hat maßgeblich beeinflusst, daß in den drei Ländern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Exklusionsinstrument Staatsangehörigkeit zunehmend religiös-ethnisch konfiguriert wurde. Diese Wirkung der „nationalen Codes“ wird am Verhalten Rumäniens auf den Internationalen Kongressen von Berlin 1878 bis Paris 1919/20 nachgezeichnet. Im 20. Jahrhundert waren die „nationalen Codes“ – mit Höhepunkten in der Zwischenkriegszeit und im bulgarischen und rumänischen Nationalkommunismus – als strukturierende Elemente der Minderheiten- bzw. der Nationalitätenpolitik im Sinne der Ethnisierung sozialer Ungleichheit wirkungsmächtig.

David M. Crowe

### Roma in Ostmittel- und Südosteuropa

Migration, Staatsbürgerschaft und Asyl

Nur wenige ethnische Gruppen in der europäischen Geschichte haben mehr unter unzulänglichen Staatsbürgerschaftsrechten und ungenügendem Schutz gelitten als die Roma. Seit ihrer Ankunft in Europa im Mittelalter waren sie Mißhandlungen ausgesetzt, die mit der Aberkennung der grundlegendsten Menschenrechte einhergingen. Wo immer sie lebten, wurden sie auf die untersten Stufen der sozio-ökonomischen Hierarchie verwiesen, so daß die Roma nicht nur um ihr Überleben kämpfen mußten, sondern auch um den Erhalt ihres Selbstwertgefühls als eigenständige ethnische Minderheit mit eigenen reichen kulturellen und linguistischen Traditionen.

Michael Bauer

### Das Ende des „kalten Bürgerkriegs“?

#### Die inhaltlich-programmatischen Orientierungen im ungarischen Parteiensystem

In Ungarn stehen sich zwei politische Lager gegenüber: das traditionelle, national-populistische Lager, im Parlament vertreten durch den Bund der Jungen Demokraten – Ungarische Bürgerpartei und das Ungarische Demokratische Forum, sowie das kosmopolitisch-sozialdemokratische Lager, im Parlament vertreten durch die Ungarische Sozialistische Partei und den Bund Freier Demokraten. Der alle anderen Trennlinien überlagernde „Kulturkampf“ zwischen den beiden Lagern wird durch Zentrum-Peripherie-Konflikte in Verbindung mit wertorientierten Modernisierungskonflikten im Kontext des Systemwechsels geprägt. Neben politisch-kulturellen Wertekonflikten erklärt die Dominanz spezifischer Milieu- und Klientelparteien die ausgeprägte Polarisierung und Segmentierung. Überdies förderte das komplizierte Wahlsystem den Konzentrationsprozeß im ungarischen Parteiensystem.

Reinhold Vetter

### Konfliktbeladene Wahlen in Ungarn

#### Tiefe Gräben in Politik und Gesellschaft

Wie schon 1994 und 1998 gab es auch bei den ungarischen Parlamentswahlen im April 2002 einen Machtwechsel. Diesmal wurden die bürgerlichen Kräfte durch eine Koalition aus Sozialisten und Linksliberalen abgelöst. Der Abstimmung war ein Wahlkampf vorausgegangen, der wie nie zuvor seit dem Systemwechsel 1989/90 das öffentliche Leben vergiftet hatte. Die Hauptverantwortung dafür trug der FIDESZ von Premier Viktor Orbán, wenngleich auch Sozialisten und Liberale mitunter sehr demagogisch auftraten. Einmal mehr wurde deutlich, daß das extrem komplizierte ungarische Wahlrecht reformbedürftig ist. Wichtigste Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, die besonders im Wahlkampf aufgerissenen tiefen Gräben in Politik und Wirtschaft zu überwinden und neue Mehrheiten für die Erfüllung der großen Zukunftsaufgaben des Landes zu gewinnen, zu denen insbesondere der Beitritt zur Europäischen Union gehört. Die Wahlen haben gezeigt, daß Ungarns Demokratie funktioniert, daß es aber einen Teil der Gesellschaft gibt, der für nationalistische Parolen anfällig ist.